

8.1 UNO-Migrationspakt

Inhaltsverzeichnis

1. Politischer Standort des Migrationspaktes
2. Globale Bedeutung – bloss inwiefern?
3. Migration als Lösung für Konflikte und Probleme?
4. Frage der rechtlichen Zugehörigkeit und der Gültigkeit solcher Pakte
5. Irreführende Absichten und Ziele des Migrationspakts
6. Wie geht es denn der Schweizer Bevölkerung dabei, den Einheimischen?
7. Diskussionen am Verhandlungstisch und Grenzen der Vereinbarkeit
8. Bedeutung von Mehrheit und Minderheit bei internationalen Pakten
9. Fakten anstatt kopfloser Entscheidungen
10. Auseinanderbrechen der UN schon jetzt
11. Migrationspakt – Welchen tatsächlichen Gefahren birgt der Migrationspakt?
12. Flüchtlinge – die wahren Hintergründe
13. Und die Praxis? ZDF-Sendung vom 30.7.2020 mit Dunja Hayali:
14. Rechtslage in Bezug auf Migration und Migrationspakt
15. Menschenrechte – gelten sie noch für alle gleichermassen?

1. Politischer Standort des Migrationspaktes

Der Migrationspakt ist Bestandteil der UNO Vorlage für die Menschenrechte, **die der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist.**

Dieser globale Pakt ist kein völkerrechtlicher Vertrag, daher nicht rechtsverbindlich.

Die Umsetzung liegt in der Hand der nationalen souveränen Mitgliedstaaten.

Die Salomitahtik der UNO besteht darin, dass Vorgaben entwickelt und abgesegnet werden, bei denen man abwartet, ob sie auf Widerstand in den Ländern stossen, wenn nicht, erlangt der Pakt spontan durch eine Legalisierung Gesetzeskraft und ist dann für die Länder bindend, obwohl die Durchsetzung quasi hinter ihrem Rücken, still schweigend und ohne Diskussion durch die nationalen Parlamente, stattfand.

<https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/was-sind-mr/uno/>

2. Globale Bedeutung – bloss inwiefern?

Der „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ wurde am 11. Dezember 2018 in Marokko von den Mitgliedsstaaten der UNO unterzeichnet. Er thematisiert in keiner Weise die Bevölkerungsexplosion in den Herkunftsländern der Migranten und jede kritische Hinterfragung der Migration und ihrer Folgen für die Einwanderungsländer unterbleibt völlig in diesem Schlüsseldokument. Fakt ist, dass die EU-Länder in der Mehrheit diesen Pakt niemals hätten blind unterzeichnen dürfen. Auch Staaten, die den rechtlich nicht bindenden Pakt mit seinen 23 Zielen unterschrieben haben, nehmen ihn offensichtlich nicht ernst und sind sich der Konsequenzen nicht bewusst. Wer kulturfremde Massenimmigration ablehnt, darf nicht für offene Grenzen plädieren. Doch offene Grenzen erlauben unkontrollierbaren Zugang und gefährden dramatisch den eigenen Sozialstaat und erhöhen gewaltig die Kriminalität.

8.1 UNO-Migrationspakt

3. Migration als Lösung für Konflikte und Probleme?

Weder für die Ziel- noch für die Herkunftsländer ist Migration wirklich die angemessene Lösung. Eigentlich ist Migration gar keine Lösung und stellt nur eine Nothilfe dar.

Anstatt Menschen wirklich zu helfen, verlassen junge und agile Menschen sowie die gebildeten Schichten ihre Heimat, obwohl sie dringend dort benötigt würden. Fluchtursachen müssen bekämpft werden, Korruption abgestellt, Waffenexporte verhindert und die korrupten Clan-Machthaber wirtschaftlich und politisch isoliert anstatt den «Flüchtenden» hier die Arme zu öffnen. «Die Afrikaner haben grundsätzlich alle Mittel in der Hand, um sich selbst zu helfen und auf afrikanischem Boden europäischen Wohlstand für alle zu entwickeln. Europa muss bereitstehen, um Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten – nicht mehr und nicht weniger.» so der genannte Nachfahre des äthiopischen Kaisers in der deutschsprachigen Presse.

Die Bevölkerungsexplosion darf nicht nach Europa übertragen werden, denn 1950 lebten dreimal so viele Menschen in Europa wie in der Subsahara-in Afrika, während es nach Bere, so ist es nach statistischen Prognosen für 2050 gerade umgekehrt sein wird. In der Altersgruppe der 15-bis 19-Jährigen dürfte das Verhältnis sogar 6:1 betragen.

Jene, die hierherkommen sind nicht die Ärmsten der Armen, sondern jene, die noch das Kapital besitzen, Schlepper zu bezahlen, um auf die Boote zu gelangen. Sie entfliehen dem Militärdienst daheim, den politischen Wirren, um in Europa ein besseres Leben zu führen und ihre Restfamilien daheim mit dem hier verdienten Geld zu ernähren.

Sollten die Pakte innerhalb dieser UNO Vereinbarung über Menschenrechte der Reihe nach Gesetzeskraft erlangen, so hätte das zur Folge, dass alle Mitgliedstaaten, die das nicht umsetzen wollen oder können, gegen die Menschenrechte verstossen. Das würde die Asylgesetze der einzelnen Länder entkräften und ausser Funktion setzen, somit gäbe es keine illegale Einwanderung mehr und wir würden jeden und alle willkommen heissen, ohne Prüfung der Tatsache, welche Ursachen und Gründe für diese Immigration vorliegen.

Dann – gute Nacht Demokratie – herzlich willkommen Kriminalität, religiöse Unterwanderung von Traditionen und kulturelle Übergriffe! Die Verwirrung zum Thema Migration wird angesichts der unklaren Einwanderungsverhältnisse und der Kulturunterschiede immer größer anstatt aufgelöst. Immer wenn sich Menschen laut UNO in einer «schwierigen Lage» befinden, wozu schon Ernährungsunsicherheit, Armut und Folgen des Klimawandels zählen, könnten sie ihre Chance nach Europa einzuwandern ungefragt wahrnehmen und hätten sogleich Zugang zu den hiesigen sozialen Sicherungssystemen, die es in ihrer Heimat nicht gibt. Natürlich ist jedes Leben schutzwürdig in der Welt, das rechtfertigt auch die Seenotrettung und vieles andere, das auf Kosten der Einwanderungsländer geht. Eine klare Interessenabwägung des Herkunftslandes mit dem Einwanderungsland und eine Klärung, was beiden unter Berücksichtigung der Menschenrechte und der fairen Verteilung der Ressourcen zumutbar ist, findet im Einzelfall nie statt, denn dazu fehlen die Fachleute und die präzisen Informationen.

4. Frage der rechtlichen Zugehörigkeit und der Gültigkeit solcher Pakte

Aus rechtlicher und politischer Sicht ist es undenkbar, dass eine einzelne Nation das Recht auf ihre eigenen Interessen und die Wahrnehmung der Interessen des eigenen Volkes an übernationale Organe abgibt, um sich dann von Organen wie der UNO mit landesfremden

8.1 UNO-Migrationspakt

UNO-Richtern, Staaten mit autoritärem Regime wie China und Russland bevormunden zu lassen. Wo steht die Schweiz denn im Jahr 2018, wenn man das NZZ Interview mit dem FDP Bundesrat I. Cassis untersucht? «Wir lehnen den Migrationspakt nicht ab!» Heißt es da kühn von Herrn Cassis, der sich auf die Seite der UNO schlägt. Tatsache ist, dass der Migrationspakt deutlich gegen den Rechtsstaat, die Demokratie und die faire Behandlung der Landesbewohner verstösst und deren Interessen hinter denen der Migranten ansiedelt. Das kann ja nicht auf Dauer gutgehen oder gesund sein. Diese Tendenz hält noch immer an, dass die bürger-zentrierte freiheitliche Grundordnung der Schweizerischen Nation ständigen, massiven Angriffen seitens derer ausgesetzt ist, die, anstatt den Bürger in das Zentrum zu stellen, sich selbst zur Autorität über die Bürger erklären wollen.

Daher scheint der UN-Migrationspakt das beste aktuelle Beispiel eines solchen Angriffs der Machteliten zu sein, die nur Verwirrung in das bisher funktionierende Europa mit seinen unterschiedlichen Nationen bringen.

Mit gebetsmühlenartiger Penetranz wird betont, der UN-Migrationspakt habe doch keine bindende Wirkung. «Ja, wozu braucht man diesen dann überhaupt?» kann man sich zu Recht fragen!!!

Die Antwort darauf ist, er diene dazu, Migration zu lenken und zu beschränken. Es klingt schon hirnrissig zu behaupten, ein Abkommen sei nicht rechtlich bindend entfalte aber trotzdem globale Wirkung. So etwas können nur Politiker behaupten, jeder Jurist würde sich an den Kopf fassen und Einspruch erheben. Soll darüber nun das Schweizer Parlament entscheiden, indem es den UN-Migrationspakt nach Belieben an- oder abschaltet? Da kann man gleich die Realität an den ausgezupften Blütenblättern - er liebt mich – er liebt mich nicht – abzählen.

5. Irreführende Absichten und Ziele des Migrationspakts

Mit Dokumenten wie dem Migrationspakt findet eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit statt, verwirrende Aussagen kursieren durch die Politik und die Presse und niemand weiss, wo es bei dem aufgeschobenen Thema dann wirklich langgeht. Es wird Zeit, dem Bürger wieder eine Mündigkeit zuzugestehen und ihn über Konzepte fair abstimmen zu lassen. Dass in diesem Dokument Migration als „eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung“ dargestellt wird, ist eine völlige Fälschung der Tatsachen, denn es kommen aus Kriegs- und Konfliktgebieten nicht einsatzbereite Arbeitskräfte und hochmotivierte Jugendliche, die nur darauf warten, glänzende Examen abzulegen, sondern verängstigte, vertriebene Menschen mit erheblichen Traumata, kulturell völlig anderen Prägungen und oft auch gewaltbereiten Absichten, die aus dem erlebten Unglück und der Verfolgung herrühren. Der UN-Migrationspakt verpflichtet die Staaten anscheinend zu nichts, doch durch die Hintertür werden Ziele fixiert, die später in nationale Gesetzgebungen übernommen werden sollen. Wie bigott ist doch das! Migration darüber hinaus auch noch als Grundrecht zu interpretieren, führt dazu, dass die Einwanderungsländer zu endlosen Pflichten aufgerufen werden. Dahinter verstecken sich ganz andere Absichten, die einmal offen und ehrlich betrachtet werden sollen. Länder mit Armut und Bevölkerungsüberschuss wollen ihre überzähligen Söhne und Töchter in reichere Länder senden, um die heimischen Versorgungslücken und Mangelzustände durch ihre Nachkommen in Europa auffüllen zu lassen, damit Geld und Waren dorthin fließen.

8.1 UNO-Migrationspakt

6. Wie geht es denn der Schweizer Bevölkerung dabei, den Einheimischen?

Die Rechte der einheimischen Bevölkerung auf die Wahrung ihrer sozialstaatlichen Errungenschaften und die Erhaltung ihrer Kultur, Gewohnheiten und Einrichtungen für das nationale Wohl werden überhaupt nicht thematisiert. Zudem werden die Migranten nicht über die Konsequenzen ihrer Auswanderung und die Folgen im Einwanderungsland informiert. Blauäugig verspricht die UNO diesen vieles, wobei die Konsequenzen unter den Tisch gefegt werden.

Wo und wie die Instrumente zur Begrenzung der Migration eingesetzt werden, findet der Leser mit keinem Wort in diesem Migrationspakt erwähnt. Es ist unklar von einem verbesserten Grenzmanagement die Rede und einer Pflicht, Einwanderer mit Pässen zu versehen. Macht man sich klar, dass die Grenzen seit Jahren festgelegt sind und klare Abmachungen in Europa zwischen den Ländern bestehen, kann man nur mit dem Kopf schütteln, was da wer wohl managen oder zurechtbiegen will, wenn die Migranten oft ihre Identität noch durch das Wegwerfen der wertlosen oder unerwünschten Heimatpässe verschleiern.

7. Diskussionen am Verhandlungstisch und Grenzen der Vereinbarkeit

Bei den Verhandlungen über die Formulierungen des Paktes schlugen Österreich, für eine Gruppe von 27 europäischen Staaten sowie Australien vor, „should“ oder „could“ anstelle von „must“ oder „commit“ zu schreiben, während die Entwicklungsländer Uganda, Bangladesch, Chile, Mexiko und der Vatikanstaat warnten, den Text nicht zu „schwächen“. Am Ende hatten sich «must» und «commit» durchgesetzt. Obwohl der Text keine völkerrechtliche Relevanz hat, soll das «soft Law» der UN von den betroffenen Nationen innenpolitisch schrittweise umgesetzt werden. Was für ein Widerspruch sich hier abzeichnet, wird der Öffentlichkeit im Wesentlichen vorenthalten.

Lediglich die SVP wagt es, mit Zahlen und Fakten gegen diese Salamtaktik vorzugehen und Argumente auf den Tisch zu bringen. Prognosen belegen, dass sich die Bevölkerung in Afrika bis 2050 verdoppeln wird und die Hälfte davon gern auswandern möchte, die meisten davon nach Europa, wie eine Studie zu diesem Thema sagt. Was seit 2015 wie der Beginn einer Völkerwanderung aussah, ist nur ein kleiner Vorgeschmack. Seit den Jahren der Pandemie streiten einige nordische Länder wie z. B. Schweden dezidiert darum, die Migration strenger zu regeln und die Einwanderung zu begrenzen. Warum dagegen der Schweizer Bundesrat mit Begeisterung auf diesen aktuellen Zug einer verstärkten und leichteren Migration in die Schweiz aufspringen will, ist völlig rätselhaft, denn das bringt nur Probleme, wie wir gesehen haben. Zusammenfassend muss man folgende Fragen stellen:

Wer bezahlt bei diesem vorgesehenen UNO-Vertrag den ganzen Aufwand der Einwanderung von Kriegsvertriebenen und Armen ohne sprachliche und kulturelle Vorbereitung auf das Gastland? Ganz bestimmt nicht jene Firmen, die in die EU wollen durch den Afrikapakt, damit sie leichter den EU-Markt erschliessen können. Nein, wieder einmal wird der einfache Steuerzahler und Bürger zur Kasse gebeten, ohne es gleich zu bemerken!!!

8.1 UNO-Migrationspakt

8. Bedeutung von Mehrheit und Minderheit bei internationalen Pakten

Die Ziele und Absichten der Mitgliedstaaten internationaler Gremien sind so unterschiedlich wie die Hautfarben, die Kulturen und die Länder selbst mit ihren sozialen und wirtschaftlich-politischen Systemen.

Die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten frohlockt geradezu bei solch einem Migrationspakt, denn sie erhalten Gelegenheit, kostenlos ihren Bevölkerungsüberschuss loszuwerden. Die europäischen Länder haben dabei lediglich im Auge, ihre mangelnde Geburtenrate zu stärken, um später die Renten bewältigen zu können. Beides zusammen bringt jedoch ganz andere Themen und Bedürfnisse auf den Tisch und, wenn die Migranten gesättigt und fortgebildet später heimkehren in die Ursprungsländer nehmen sie noch ihre Rentenansprüche mit. Pustekuchen!

9. Fakten anstatt kopfloser Entscheidungen

Fakten und statistische Berechnungen müssen endlich auf den Tisch. Die Heimlichtuerei muss ein Ende haben. Schweizer haben ein Recht darauf, zu erfahren, was der Bundesrat und das Parlament hinter ihrem Rücken manövrieren wollen. Die Schweiz ist eine Demokratie der Bürger, nicht das Eigentum der Politiker.

Es ist höchste Zeit, nicht zu kapitulieren angesichts der Unwahrheiten, Verdrehungen und des überheblichen Auftretens derjenigen, die geschworen haben, Schaden vom Schweizer Volk abzuwenden.

Es muss auf den Tisch kommen, was der einzelne Migrant aus bestimmten Ländern den Staat real an Ausgaben kostet. Des Weiteren hat der Schweizer Bürger ein Recht darauf zu erfahren, welche Steuererhöhungen, Teuerungen, Einbussen sozialer Dienste und Mittel dadurch in naher Zukunft anstehen und welche Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen und Lernklima an Schulen, in Städten, Gemeinden zu erwarten sind und wie hoch der Anstieg von Aggression, Gewalt und Kriminalität schon jetzt ist. Denn es muss einmal klar erkannt werden, welche Faktoren in welchem Masse die Ruhe der Schweizer Bürger und das Fortleben ihrer Traditionen und Bräuche tatsächlich bedrohen. Das Kalifat, das islamistische Emigranten in Europa errichten wollen, ist jedenfalls die allerletzte Option für die Schweiz!

Oder!!!???

10. Auseinanderbrechen der UN schon jetzt

Als der UN-Migrationspakt im August 2019 in New York auf den Weg gebracht wurde, stand die EU noch geschlossen dahinter. In der Folge ereilte ihn jedoch das gleiche Schicksal wie die gemeinsame Asylpolitik:

Österreich stiess den Domino-Effekt zuerst in Europa an, danach lehnten immer mehr Staaten den Migrationspakt ab. Nun sind auch Ungarn, Bulgarien, Tschechien und Polen ausgestiegen, während in Kroatien ein Streit zwischen Staatspräsidenten und Regierung ausbrach. Auch in Belgien und der deutschen CDU kriselte es durch heftige Meinungsverschiedenheiten. Die BRD hat trotz allem den UN-Migrationspakt unterzeichnet. Israel und die USA haben sich dagegen geweigert, den Pakt zu unterzeichnen. Eine positive und friedvolle Marschroute für die Welt ist also bei weitem nicht zu erkennen.

8.1 UNO-Migrationspakt

11. Migrationspakt – Welchen tatsächlichen Gefahren birgt der Migrationspakt?

Wer die Details des Migrationspaktes erfahren will, kann hier selbst nachlesen:

<https://juergenfritz.com/2018/10/24/un-migrationspakt/>

Interessant ist dazu auch das Video von HYPERION auf Youtube:

https://www.youtube.com/watch?v=TIUp_A9Smt8

Hier folgen ein paar aufklärerische Gedanken zu den wahren Hintergründen des Migrationsgeschehens in der Welt.

12. Flüchtlinge – die wahren Hintergründe

Unter "Schiffbrüchigem" versteht man rechtlich gesehen, Menschen, die ohne eigenes Verschulden in Seenot geraten. Bei den Migranten, die durch Schlepper übers Mittelmeer geschifft werden, handelt es sich um Menschen, die sich im vollen Bewusstsein der Gefahr in Seenot bringen, um so die Aufnahme in ein Einwanderungsland ihrer Wünsche zu erzwingen und um dort bessere Lebensumstände zu erhalten. Dieser Umstand ist vergleichbar mit einem absichtlich provozierten Unfall, um dann die Versicherungsprämie zu kassieren. Die sogenannten NGOs machen quasi mit dieser Art organisierter Kriminalität gemeinsame Sache undbürden der europäischen Bevölkerung immense Kosten und Rettungsaufwand auf.

Wie kann ein Land gesetzeswidrige Aktionen dieser Art gutheissen oder unterstützen??? Wie ist es möglich, dass man einen Rücktransport der Gestrandeten nach Afrika als zu gefährlich ansieht? Sie sind doch gerade erst auf dem Weg durch Afrika zu uns gelangt. Allein der Begriff "Seenotrettung" trifft hier gar nicht zu, denn Schiffe tauchen dort auf, um kurz vor der Küste in den Hoheitsgewässern von afrikanischen Staaten Leute einzusammeln und widersetzen sich Anweisungen der Küstenwache, die Leute wieder zurück an Land zu bringen. Anschliessend befahren sie internationale Gewässer und wollen die Immigration in die EU erzwingen. Wie widersinnig doch dieses ganze Verhalten ist. Dass dabei auch eine Kommunikation mit den Schleppern besteht, rundet das Ganze ab. Es ist offensichtlich, dass es nicht zu Todesfällen kommen könnte, wenn es keine deutlichen Anreize für Migranten gäbe, sich in voller Absicht unter Kenntnis der Gefahren in "Seenot" zu bringen.

Die Diskussion ist müssig, auch wenn sie jede Woche einmal wieder neu aufgewärmt wird. Es handelt sich juristisch keinesfalls um «Seenot» und der geografisch nächste Hafen ist absolut nicht Europa. Wenn die selbsternannten «guten, hilfsbereiten Menschen» es wirklich ernst meinen würden, wären sie vor Ort und würden den Schleppern die Arbeit abnehmen.

13. Und die Praxis? ZDF-Sendung vom 30.7.2020 mit Dunja Hayali:

Die Moderatorin veranschaulichte am Beispiel des überfüllten Flüchtlingslagers in Moria, wo derzeit immer noch 15.000 Flüchtlinge ausharren, wie dramatisch die Lage ist. Merz pocht darauf, dass die EU gemeinschaftlich eine Lösung für das Problem finden muss. Er setze dabei sehr auf das Europäische Parlament, das auch die EU-Staaten in die Pflicht nehmen solle, die sich bisher zurückhielten. Deutlich wurde Merz auch beim Thema Seenotrettung.

Dies sei Pflicht aller europäischer Staaten. Merz wörtlich: "Bekommen das Problem nicht gelöst!"

Gegen Ende der Sendung berichtete der CDU-Politiker von einer Begegnung mit zwei Grundschul-Lehrerinnen. Sie gestanden ihm ihr Integrationsproblem mit türkisch-stämmigen Schülern in den deutschen Klassen.

8.1 UNO-Migrationspakt

Merz betonte, es handele sich in diesem Fall nicht um eine Brennpunktschule. Die Kinder seien nicht bereit, sich in die Gemeinschaft zu integrieren und würden Lehrerinnen völlig respektlos behandeln. „Wir kriegen das Problem in der Schule mit den Kindern aus der Türkei und aus muslimischen Familien nicht gelöst!“, sagte Merz. Er verwies darauf, dass junge männliche Flüchtlinge ähnliche Probleme hätten, da sie ja in ihrem Leben bereits schreckliche Erfahrungen gemacht hätten. Er weist darüber hinaus auf die Eskalation von Gewalt in Frankfurt und Stuttgart hin und sieht daher den deutschen Staat in der Pflicht, diese Probleme in den Griff zu bekommen! «Warum soll eigentlich der deutsche Staat solche Zustände zulassen anstatt Aufsässige nach Hause zu schicken?» Fragt sich doch da jeder Bürger mit gesundem Menschenverstand. Die ganze Sendung von "Dunja Hayali" können Sie in der [ZDF-Mediathek noch anschauen](#).

Einwanderer scheinen grundsätzlich mit Forderungen und rosigen Erwartungen nach Europa zu kommen. Von Eigenverantwortung oder Dankbarkeit ist da nichts zu spüren, obwohl sich Migranten grundsätzlich in einer Situation der Bringschuld von Respekt und Achtung für das Gastland befinden. Europas Länder müssen sich wohl kaum für ihre gewachsene Kultur und ihre Werte rechtfertigen. Im Gegenteil wäre es an der Zeit, dass sich Europa einmal deutlich von der «islamischen Unterwanderung durch Einwanderung» abgrenzt und traditionelle Werte sichert.

14. Rechtslage in Bezug auf Migration und Migrationspakt

Die Diskussionen des Schweizerischen Bundesrates und des Parlaments sind inzwischen zu diesem Thema kabarettreif.

Es wurde lange genug beteuert, der Pakt sei nicht rechtlich bindend und nun versuchen Politiker das unübersichtliche Vertragswerk als Pflichtteil in die EU und die Schweiz zu bringen. Auch Ländern, die sich distanzieren, will man den Migrationspakt noch durch die Hintertür aufzwingen, indem man diesen in die EU Gesetzgebung aufnimmt. Der juristische Dienst der EU Kommission betreibt dieses Vorhaben mit folgender Begründung in einem internen Rechtsgutachten, das ungarischen Medien zugespielt wurde. Dort heisst es in «Punkt 17, es spiele keine Rolle, dass EU-Mitgliedsstaaten gegen den Pakt gestimmt oder sich diesbezüglich ihrer Stimme enthalten haben:

«Nur die Annahme der Resolution durch die UN-Generalversammlung hat juristische Auswirkungen des UN-Migrationspaktes auf die Rechtsordnung der EU geschaffen.»

Anschliessend kommt das Rechtsgutachten der EU-Kommission unter Berufung auf den EU-Vertrag zu dem Ergebnis,

„[...] dass der UN-Migrationspakt ein integraler Bestandteil der Positionen der EU in der Entwicklungszusammenarbeit ist, weil der UN-Migrationspakt zum rechtlichen Rahmenwerk der EU beiträgt.» Und weiter: *«Im Einklang mit dem Prinzip der loyalen Zusammenarbeit sollen die EU-Mitgliedsstaaten die EU bei der Erreichung ihrer Ziele unterstützen, inklusive der Umsetzung des UN-Migrationspaktes. Zugleich sollen sie auf alle Aktionen verzichten, die das Erreichen dieser Ziele gefährden könnten.»*

Für Empörung sorgte das Dokument bei jenen neun EU-Mitgliedsstaaten, die klar gegen den UN-Migrationspakt gestimmt hatten oder sich bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung ihrer Stimme enthalten hatten.

8.1 UNO-Migrationspakt

Die österreichische Aussenministerin Karin Kneissl (FPÖ) richtete umgehend eine Protestnote an die EU-Kommission und bekräftigte, dass die österreichische Regierung, die dem Pakt aus guten Gründen nicht beigetreten war, diesen auch weiterhin als rechtlich unverbindlich behandeln werde.

Der ungarische Aussenminister Péter Szijjártó erklärte, durch das Rechtsgutachten sei die „*schwerwiegendste Lüge Brüssels*“ ans Licht gekommen. Dies bedeute, so Szijjártó, dass die Schlacht noch nicht vorbei sei, sondern nun eine neue Schlacht gegen die geheimen Brüsseler Pro-Einwanderungs-Pläne beginne.

Das Vorgehen der EU-Kommission ist wieder einmal typisch für den Brüsseler Beamtenapparat:

Man nimmt demokratische Entscheidungen souveräner Staaten nicht zur Kenntnis und versucht, mit Weisungen und Direktiven seitens der EU-Kommission politische Weisungen an den Bürgern und den nationalen Parlamenten vorbeizusteuern.

Was sagen dazu denn deutsche Oppositionspolitiker?

Wir dürfen nicht zulassen, dass der UN-Migrationspakt Bestandteil des EU-Rechts wird und den Völkern dadurch die Kontrolle über die Zuwanderungspolitik komplett aus den Händen gerissen und an die Multikulturalisten und Einwanderungsfanatiker der EU und UN übertragen wird!

Kennen Sie den SVP-Slogan? Schliessen wir uns deshalb mit der nachstehenden Petition dem Protest der Aussenminister von Österreich und Ungarn an und fordern die EU-Kommission auf, ab sofort jegliche Versuche zu unterlassen, den globalen UN-Migrationspakt in EU-Recht umzuwandeln.

15. Menschenrechte – gelten sie noch für alle gleichermassen?

Seit der Französischen Revolution sind uns die Begriffe - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – ins demokratische Blut übergegangen. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die von der französischen Nationalversammlung am 26. August 1789 erlassen wurde, begründete die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, denn «das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes.» Alle Bürger haben daher das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken. Es muss für alle gleich und bindend sein, mag es beschützen oder bestrafen.

Diese Grundmerkmale moderner Demokratie scheinen den EU-Parlamentariern unbekannt zu sein, die am 26. März 2019 die Entschliessung über „Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung“ angenommen haben, denn alle Menschen – auch die afrikanischer Abstammung – verfügen über die gleichen Grundrechte, sonst wären es keine Grundrechte gemäss dem Gleichheitsgrundsatz, sondern Sonderrechte.

Ausdrücklich bezieht sich diese Entschliessung jedoch auf Menschen afrikanischer Abstammung, die «in Europa geboren wurden oder Staatsbürger bzw. Einwohner europäischer Staaten sind.» Alle Staatsbürger partizipieren an den Rechten ihres Staates, am Europarecht und ohnehin an den Menschen- und Bürgerrechten in gleicher Art. Die Schaffung von Sonderrechten verursacht daher die Diskriminierung jener, die nicht zu dieser Gruppe gehören und löst die Allgemeingültigkeit von nationalem Recht und Gesetz auf.

8.1 UNO-Migrationspakt

Mit der Schaffung von Sonderrechten sind nicht mehr alle „Menschen ... vor dem Gesetz gleich“, wie es im Artikel 3 des Grundgesetzes heisst.

Oder wie es Georges Orwell formulierte, einige sind plötzlich gleicher als die anderen. Anschliessend kommt man gleich in der Entschliessung auf den finanziellen Punkt, denn die „wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ... fordert eine stärkere finanzielle Unterstützung von Basisorganisationen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene«. Der Katalog der Massnahmen reicht vom Arbeits-, über den Wohnungsmarkt, über die Bildung bis hin zur politischen Vertretung. Da kann man sich nur wundern, wo denn die normalen Staatsbürger bleiben...

UN-Migrationspakt: Armutszeugnis der bedingungslosen Kapitulation

Um Grundrechte für die Menschen afrikanischer Abstammung durchzusetzen, schlägt das Europäische Parlament vor, sowohl regulierend auf den Arbeitsmarkt als auch auf den Wohnungsmarkt einzugreifen und zu alledem das aktuelle Bildungssystem und seine Inhalte zu verändern: das EU-Parlament **„legt den Mitgliedstaaten nahe, die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung in die Lehrpläne aufzunehmen“** und den Blick zentral auf die Themen **«Kolonialismus und Sklaverei»** zu lenken, um die historischen negativen Auswirkungen auf Menschen afrikanischer Abstammung anzuerkennen. **«Das Lehrpersonal soll für diese Aufgabe angemessen ausgebildet und ausgestattet sein, um der Vielfalt im Klassenraum zu begegnen“.**

Da fragen sich Einheimische dann mit Recht, wie es dann um Kinder von Deutschen steht, deren Eltern oder Grosseltern eingewandert sind und die sich jetzt mit Fug und Recht als Deutsche empfinden. Will man diese Nachkommen auf ihre Abstammung fixieren? Angesichts dieser Verwicklungen findet doch eher eine Desintegration anstatt einer Integration statt!

Migration schlägt sich in der Kriminalstatistik nieder

Wenn so viele Menschen in so kurzer Zeit aus so unterschiedlichen Ländern aufeinandertreffen, entstehen unvermeidlich Konflikte – in den Heimen, wie auch ausserhalb.

Nicht von ungefähr zeigt sich das Ergebnis der Zuwanderung seit 2015 in der Kriminalstatistik. Bei den Delikten Körperverletzung, Diebstahl und Betrug rangieren Flüchtlinge häufiger unter den Tatverdächtigen, als dies ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Dazu kommen spektakuläre Fälle sexueller Gewalt wie gehäufte Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof oder die Vergewaltigungen durch Tätergruppen in Freiburg. Diese Delikte lassen das Sicherheitsgefühl weiter dahinschmelzen, nachdem bereits das anfängliche Chaos an den Grenzen vor fünf Jahren den Eindruck eines staatlichen Kontrollverlustes hervorgerufen hatte.

Statt der Fachkräfte kamen Hilfsarbeiter!

Ich möchte gern wissen, wie in der Schweiz in der Zukunft aussehen wird. Es bleibt zu hoffen, dass die Führungsriege in der Schweiz nicht die gleichen Fehler wie die Bundesrepublik Deutschland macht.

Und der Kardinalfehler in Deutschland, was war das denn? Die Förderung des Familiennachzugs der türkischen Gastarbeiter, die sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrierten und nur auf Hartz 4 spekulierten.

8.1 UNO-Migrationspakt

Hierzu ein paar Zahlen und Fakten: Rund die Hälfte der in Berlin ansässigen Türken hat weder eine ausreichende Schul- oder Berufsausbildung, um auf dem Arbeitsmarkt sich selbst unterhalten zu können.

Von 800.000 Arabern, die eingewandert sind, beziehen 600.000 Hartz4 und das wohl auf Dauer.

Viele der anderen arbeiten in Bereichen, die weder das jetzige Leben sichern, geschweige denn später sichern werden. Es gibt schon heute Syrisch-Salzgitter und nicht nur in Grossstädten herrschen Clan-Strukturen, denn auch in Delmenhorst, Lüneburg oder Celle finden sich Keimzellen davon.

Wie schon weiter oben dargelegt, ist es völlig unrealistisch zu glauben, man könne die Probleme Afrikas und der übrigen Welt in Europa lösen.

Die Analysen des Arbeitsmarktes zeigen sehr deutlich, dass es sich bei Arbeitsplätzen für "Flüchtlinge" überwiegend um Hilfsarbeiten handelt. Die Statistik informiert zudem nur unzureichend, wie viele Stunden gearbeitet werden und welche Lohnkostenzuschüsse gezahlt werden und wie viele von der öffentlichen Hand aus politischen Gründen eingestellt wurden. Die Kosten der Situation sind weder transparent noch überschaubar!

"Selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Milliarden Euro“, ...rund ein Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung. So viel müsste Deutschland jetzt zurückstellen, um die Kosten der Flüchtlingskrise zu decken. Zitat: Die Welt vom 25.11.2015

Der Freiburger Wissenschaftler rechnet dauerhaft mit fiskalischen Lasten für die deutschen Steuerzahler in Höhe von 17 Milliarden Euro pro Jahr, wenn sich die Flüchtlinge schnell integrieren am Arbeitsmarkt – also weniger als die konkurrierenden Kollegen.

Wenn dieses Szenario nach der Barwertmethode berechnet wird, die sämtliche Ausgaben und Sozialversicherungsleistungen über die Lebenszeit eines Flüchtlings mit einbezieht, summiert sich das in schwindelerregende Höhe, denn selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren „belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Milliarden Euro“

Festzuhalten bleibt, dass Deutschland etwa 1.000.000 Migranten aufnahm, was jährlich Kosten von 50 Mrd. € verursacht.

Der Friedensnobelpreisträger Barack Obama liess hingegen 10.000 Leute in die USA, Japan dagegen nur ein paar hundert. Der Beitrag Saudi-Arabiens beschränkt sich darauf, für Muslime in Deutschland Moscheebauten zu finanzieren. Kaum ein Flüchtling kam nach Saudi-Arabien, in die Emirate eben so wenig. Statt des Aufrufes - "Kommt nach Deutschland. Wir schaffen das!" hätte man auch die moralisch-ethische Verpflichtung der wohlhabenden arabischen Länder thematisieren können und diese an den Verhandlungstisch berufen. Wieso eigentlich sollten die BRD und die Schweiz für Ausländer im Ausland zuständig sein?!?

Der durch Angela Merkels Migrationspolitik verursachte Schaden offenbart sich im Nachhinein in der ausserordentlichen Polarisierung der europäischen Gesellschaft, denn Polarisierung ist der Acker, auf welchem politischer Hass gedeiht, und dieser ergibt den

8.1 UNO-Migrationspakt

Zündstoff für politische Gewalt. Mit den Folgen dieses Schadens müssen sich die Folgegenerationen auseinandersetzen, wenn Kanzlerin Merkel längst Geschichte ist.

Das Hauptproblem ist ethisch-sozialer Natur, denn (West-) Europa, die EU-Bürokratie, aber auch die Schweizer Regierung, wünschen sich moralisch gut dazustehen vor den Augen der Welt und bemühen sich deswegen, buchstabengetreu eine Flüchtlingskonvention einzuhalten, die nur den Interessen der Emigrationsländer dient. Jedem, der auf beiden Beinen in der Realität steht, ist klar, dass die Flüchtlingskonvention zur Massenmigration über mehrere "sichere" Drittstaaten massiv missbraucht wird, und dass jede gelungene "Flucht" in europäische Sozialsysteme (mit Fernheiraten und grosszügigem Familiennachzug) einer Vielzahl der Zurückgebliebenen die Hoffnung und den Mut gibt, es auch auf diesem Weg zu versuchen.

Die Schengen Länder müssen endlich den Mut aufbringen, die Flüchtlingskonvention so konkret abzuändern, dass die Ausnutzung sozialer Vorteile durch Personen aus Entwicklungsländern und Konfliktgebieten, die daheim nicht mehr arbeiten und leben wollen unterbunden werden und strenge Maßstäbe für Kriegsflüchtlinge angelegt werden. Es ist allerhöchste Zeit, illegale Einwanderung zur Erschleichung von Sozialleistungen und zur Nutzung von kriminellen Energien zu unterbinden und zweifelhafte Personen energisch zurückzuweisen. Es geht darum, die Einheimischen und deren Familien vor den Übergriffen unerwünschter Migranten mit eigennützigen Absichten und vor Übervorteilung durch Fremde zu schützen, denn bei aller Beachtung von Kriegsschauplätzen ist wohl vergessen worden, dass auch die Heimat und deren Bewohner an erster Stelle schutzwürdige wichtige Teile der nationalen Gesellschaft sind.

...Es ist eine gallige Rückschau. Allein im 2015 kamen 890'000 Menschen in ein völlig unvorbereitetes völlig überfordertes Deutschland. Die historisch-moralische Bringschuld Deutschlands wird durch Merkel in den Turbo geschaltet und Ihr Konterfei landet auf der Titelseite von TIME. Jegliche Kritik unterbindend hat sich bis heute ein gleichgeschalteter Medienkoloss etabliert, der Kritiker auch aktueller Regierungspolitik vor sich hertreibt. Die Guten und die Bösen Bürger, moralische Herabwürdigung national konservativer Parteien, für all das und noch viel mehr steht Merkel, die 2015 eiskalt und gnadenlos festlegte, dass «Wir das zu schaffen» haben, in Ihrem ureigensten Demokratieverständnis. Es hat unser Land tief gespalten, aber auch Widerstand entstehen lassen, wo er nicht vermutet wurde. Für mich war es ein Anschlag auf die Demokratie und er wirkt bis heute zersetzend nach. "Alternativlos", was für eine Arroganz!

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien war zu dieser Zeit ein Gebot der Menschlichkeit. Weder die EU noch die USA hatten damals irgendeine vernünftige Idee/Strategie den Krieg, der unter anderem deshalb ausbrach, weil man im Westen nach dem "arabischen Frühling" naiv hoffte Asad werde so einfach weichen und es werde sich dort quasi automatisch und ohne Blutvergiessen eine demokratische Gesellschaft bilden, zu beenden.

Die „Aufnahme“ von als Flüchtlingen umetikettierten Migranten war kein Akt der Menschlichkeit, sondern ein Anschlag auf unsere Demokratische Ordnung - ein Akt der Menschlichkeit wäre es gewesen genau hinzusehen, wer da alles kommt und ob das alles Syrer sind.

Ein an Dummheit und Dilettantismus kaum zu überbietender Vorgang mit Aushebelung von Grundgesetz und Justiz - ein Putsch nichts anderes war das !Für all das Geld was hier sinnlos verpulvert wird hätte man ganz NahOst und Afrika einen Marshallplan verpassen können

8.1 UNO-Migrationspakt

Die ungesteuerte Einwanderung von Millionen Menschen (vor allem junge Männer) aus den patriarchalen Gesellschaften der Länder des islamischen Krisenbogens ist ein komplettes Staatsversagen.

Darauf war kein Land vorbereitet, auch die Schweiz und unsere Bevölkerung nicht.

Es fehlten und fehlen: günstige Wohnungen, Dolmetscher, Grundschullehrer, qualifizierte Deutschlehrer, Kindertagesstätten, Erzieher, Sozialarbeiter, Polizisten, Richter, Gefängnisplätze, Mitarbeiter in Justiz und Gefängnissen, v.a. Abkommen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Wir bekamen und bekommen, was wir schon haben: Analphabeten.

Zur Thematik "Umgang mit Schwerwiegend Bedrohten" ist klar festzuhalten, dass die Zuständigkeiten weltweit grundsätzlich **wie folgt zu priorisieren sind:**

- a) die Bedrohten selbst
- b) die Familie der Bedrohten
- c) unmittelbar in der Community Anwesende
- d) lokale Behörden des Heimatlandes
- e) regionale Behörden des Heimatlandes
- f) gesamtstaatliche Behörden des Heimatlandes
- g) **Erst, wenn alle diese nicht helfen können oder wollen, ist eine Ausreise zum Zweck der Hilfeerhaltung erlaubt.**
- h) **Behörden der «unmittelbaren Nachbarländer» und NICHT über die Kontinente hinaus!**

Zuständig für die Finanzierung der Hilfeleistung ist die ganze Welt, je nach Leistungsfähigkeit

Die Kritik am Behörden- und Parlaments-Handeln in der Schweiz ist hierbei dreierlei:

- a) Es wurde Leute ins Land gelassen und rundum alimentiert, die nicht (mehr) schwerwiegend bedroht waren und für die die Schweiz nicht zuständig war.
- b) Dito bzgl. Personen, die nie schwerwiegend Bedrohte waren, sondern nur Einwanderungsbewerber, die die Rechtsordnungsbrüche der Schweiz missbraucht haben zum Zwecke der illegalen Einwanderung.
- c) Es wurde und wird nicht darauf eingewirkt, dass Personen, die aufgrund der eigentlich gültigen Rechtsordnung keine Aufenthaltserlaubnis haben / haben dürfen, das Land verlassen.
Diese Kritikpunkte, genauer: Anklagepunkte, bestehen bis heute. Und sie werden nur dann zurückgezogen, wenn die Rechtsordnung wiederhergestellt und alle Täter bestraft sind.

Will sich von den MEDIEN niemand zu diesem Thema äussern, was sich hier im Hintergrund abspielt?

Es bleibt die Schluss-Feststellung; das GANZE HAT SYSTEM und dies zu unserem Nachteil!